

Meyer Burger eröffnet Solarfabrik in Freiberg

Der Schweizer Anlagenbauer hat den alten Solarworld-Standort umgebaut und will dort selbst Module bauen.

VON NORA MIETHKE

Am 8. September 2018 um 21.45 Uhr lief in der Solarworld-Fabrik in Freiberg das letzte Solarmodul vom Band. Mit der Insolvenz des letzten großen deutschen Photovoltaik-Herstellers war die einstige Hoffungsbranche für den Osten am Ende. Zweieinhalb Jahre später feiert das Unternehmen Meyer Burger Technology AG aus dem schweizerischen Thun am Mittwoch die Wiedereröffnung. Corona-konform drückten Vorstandschef Gunter Erfurt, Ministerpräsident Michael Kretschmer und Sachsens Energieminister Wolfram Günther (Grüne) zeitgleich einen roten Buzzer. Die Schweizer hatten die Fabrik mitsamt Maschinenpark und Patenten im vergangenen Juli gekauft und in nur acht Monaten auf ihre neuartigen SmartWire-Fertigungslinien umgerüstet. Unter den ersten 200 Beschäftigten sind etliche, die bis 2018 für Solarworld arbeiteten. Schon vor einer Woche ging die Solarzellenproduktion in Thalheim in Sachsen-Anhalt in Betrieb.

Gunter Erfurt, Vorstandschef von Meyer Burger und bis 2015 ebenfalls in Diensten von Solarworld, hat Großes vor. Er will die Fertigung von Solarmodulen nach Deutschland zurückholen. Zwar liegt das anfängliche Produktionsvolumen erst bei 0,4 Gigawatt oder rund 3.000 Modulen pro Tag. Doch schon im kommenden Jahr soll die Kapazität auf ein Gigawatt und dann im Laufe der nächsten fünf Jahre schrittweise auf 5 Gigawatt steigen. Das könnte bis zu 3.500 Arbeitsplätze schaffen. Meyer Burger will zunächst Solaranlagen für Dächer von Eigenheimen, aber auch für kleinere Kraftwerke bauen. In den Aufbau der beiden Werke investiert das Unternehmen rund 145 Millionen Euro, finanziert über eine Kapitalerhöhung durch die Aktionäre.

Erste Module ab Juli zu haben

Der Wandel des Unternehmens vom reinen Technologieunternehmen zum integrierten Hersteller von Solarzellen und -modulen ist auch eine Kampfansage an die chinesische Konkurrenz, die auch dank der Maschinen des Anlagenbauers Roth & Rau AG aus Hohenstein-Ernstthal erst übermächtig werden konnte. 2011 hatte Meyer Burger den sächsischen Ausrüster für die Solarindustrie übernommen. Preislich sind die Module von Meyer Burger teurer als die aus Asien. Erfurt bezifferte die Differenz im Wirtschaftsforum Brand eins auf „ein paar Hundert Euro“ für ein Einfamilienhaus. Doch technologisch sind die Schweizer nach eigenen Angaben den Chinesen drei Jahre voraus. Die Solarzellen von Meyer Burger können gegenüber herkömmlichen Zellen mehr Sonnenlicht in Energie umwandeln. Das Unternehmen wirbt mit bis zu 20 Prozent mehr Energieausbeute



Sarah Neubert begutachtet in der Endkontrolle im Werk der Meyer Burger Technology AG in Freiberg ein Solarmodul. Foto: Hendrik Schmidt/dpa

auf der gleichen Fläche und einer überdurchschnittlich langen Lebensdauer. Die ersten in Freiberg produzierten Module sollen im Juli vom Band laufen. „Dies ist der ideale Zeitpunkt, um die Solarindustrie in

Europa wiederzubeleben“, betonte Erfurt in der Podiumsdiskussion anlässlich der Eröffnung mit Kretschmer, Günther, dem Chef des Energieversorgers Envia-M, Stephan Louis, und dem Klimaforscher Udo

Engelhardt. Der wichtigste Grund für den Optimismus ist, dass Sonnenenergie sich inzwischen, preislich betrachtet, zur günstigsten Energiequelle entwickelt hat. Die Preise der Module sind im letzten Jahrzehnt extrem stark gesunken. Dadurch bekommt der Anteil der Transportkosten aus Asien in der Kalkulation der Solarenergieproduzenten mehr Gewicht – ein weiteres Argument, warum man jetzt wagen kann, es mit den chinesischen Wettbewerbern aufzunehmen. Erfurt wiederholte auch, dass die neue Fertigungstechnologie ausschließlich nur noch in den eigenen Werken eingesetzt wird und nicht mehr an andere Produzenten verkauft wird. Auch steigt die Nachfrage nach Solarenergie immens. Trotz Corona wurden 2020 neue Photovoltaik (PV)-Anlagen mit einer Gesamtleistung von 18 Gigawatt installiert. Bis 2025 würden es über 30 Gigawatt sein, so die Marktprognose.

Sachsen soll Energieland bleiben

Allein in Sachsen gibt es laut Envia-M-Chef Louis zurzeit rund 35.000 PV-Anlagen. Sein Unternehmen wird im letzten Quartal dieses Jahres im Erzgebirge eine neue Anlage in Betrieb nehmen und plant weitere Investitionen in Markkleeberg. Und es sollen in den nächsten Jahren erheblich mehr werden. „Wir müssen in diesem Bereich investieren, auch mit Produkten von Meyer Burger“, kündigte Kretschmer an. Sachsen brauche die technologische Möglichkeit, „die Dinge selbst produzieren zu können, trotz geteilter Wertschöpfung auf der Welt“, sagte Kretschmer. Das Versprechen, in den nächsten Jahren aus der Braunkohle auszusteigen, gehe einher mit dem Bekenntnis, dass dieses Land auch künftig Energieland bleiben soll und die eigene Energieversorgung sichern will mit erneuerbaren Energien. Der Ausbau der Solarenergie sei auch deshalb notwendig, weil die großen Unternehmen wie VW oder Bosch, die in Sachsen produzieren, nach CO₂-freiem Strom verlangen würden, betonte Kretschmer. In der Fortschreibung des Sächsischen Klima- und Energieprogramms, das in Arbeit ist, wird der „PV-Bereich eine große Rolle spielen“ bei den Ausbauzielen. Auf die Frage, wie er den Ausbau beschleunigen will, verwies der Ministerpräsident auf das Planungsrecht. Die Flächenzuweisung soll erleichtert und die Beteiligung der Bürger vor Ort an der Planung neuer Solar- und Windkraftparks wie am Umsatz verbessert werden. So hofft die Politik, die Vorbehalte in der Bevölkerung zu reduzieren. Und der Meyer Burger-Chef Gunter Erfurt hofft, dass die Stadtwerke Leipzig, die bei Freiberg einen großen Solarpark planen, nicht nur auf Module aus China setzen, sondern auch auf in Freiberg produzierte.

Bewährung für Hess-Vorstände

Die strafrechtliche Aufarbeitung der Pleite der Leuchtmittelfirma Hess ist abgeschlossen. Zwei Ex-Manager wurden verurteilt. Auch in Löbau gab es ein Werk.

Mannheim. Im Prozess um Unregelmäßigkeiten bei der ehemaligen Leuchtmittelfirma Hess AG sind die zwei Angeklagten zu Bewährungsstrafen verurteilt worden. Die Wirtschaftsammer des Mannheimer Landgerichts sah es am Mittwoch als erwiesen an, dass die Ex-Vorstände in den Jahren 2011 und 2012 die Bilanzen des Konzerns um Millionenbeträge geschönt haben. Der Grund sei der bevorstehende Börsengang des Unternehmens gewesen, sagte der Vorsitzende Richter Oliver Ratzel am Mittwoch bei seiner Urteilsbegründung.

So wies etwa der Jahresabschluss 2011 Umsätze und Gewinne in Höhe von etwa 4,3 Millionen Euro zu viel auf. Aus einem negativen Jahresabschluss sei so ein positiver geworden. Auch zwei Zwischenbilanzen wurden demnach manipuliert.

Die Kammer verurteilte den ehemaligen Finanzvorstand des inzwischen insolventen Lichtspezialisten aus Villingen-Schwenningen daher zu einer Strafe von 17 Monaten auf Bewährung. Der ehemalige Geschäftsführer erhielt eine Bewährungsstrafe von neun Monaten. Das Gericht sprach die Ex-Vorstände wegen der unrichtigen Darstellung nach dem Handelsgesetzbuch, Verletzung der Buchführungspflicht, Untreue sowie Kapitalmarkt- und Kreditbetrugs schuldig. Das Verfahren gegen einen dritten Mann wegen Unterstützung war im Laufe des Prozesses eingestellt worden.

Bereits im April hatten die Angeklagten und die Staatsanwaltschaft einer Verständigung des Landgerichts zugestimmt. Der Vorschlag sah Teil-Geständnisse und Bewährungsstrafen vor. Gleichzeitig wurden mehrere Vorwürfe fallengelassen. Der Prozess hatte im Oktober 2020 begonnen. Wirtschaftskriminalität in Baden landet zentral am Landgericht Mannheim. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Zu Hess gehörte auch ein Werk in Löbau, das im Sommer 2013 schließen musste. (SZ/dpa)

Neues Produkt für Corona-Impfstoffe

Darmstadt. Der Pharma- und Chemiekonzern Merck greift Herstellern von Corona-Impfstoffen mit einem neuen Produkt unter die Arme. Das Unternehmen habe neun Monate früher als geplant ein neues, synthetisches Cholesterinprodukt zur Deckung des hohen Bedarfs an Lipiden auf den Markt gebracht, teilte der Konzern am Mittwoch mit. Lipide kommen etwa bei der Produktion des Corona-Impfstoffs zum Einsatz, den der Mainzer Hersteller Biontech mit seinem US-Partner Pfizer vertreibt. Dabei wird der Botenstoff des mRNA-Vakzins in eine Art Hülle verpackt, die aus Lipiden besteht. Diese fettartigen Moleküle sind wichtig, damit die Wirkstoffe des Vakzins im Körper freigesetzt werden können. Merck beliefert weltweit über 50 Corona-Impfstoffentwickler mit Lipiden, Hüllmembranen und Filtern für die Vakzin-Produktion. Anfang Februar hatte der Konzern eine Erweiterung seiner Partnerschaft mit Biontech bekanntgegeben: Die Lieferung von Lipiden werde erheblich beschleunigt, die Liefermenge bis zum Jahresende 2021 gesteigert. (dpa)

Förderung von Berufspendlern endet

Dresden. Sachsen lässt angesichts sinkender Infektionszahlen die Pendlerförderung in der Corona-Krise bald auslaufen. Zum 4. Juni ende die Förderrichtlinie, sagte Wirtschaftsminister Martin Dulig (SPD) am Mittwoch in Dresden nach einer Sitzung des Kabinetts.

Sächsische Unternehmen können aber noch bis zum 15. Juli rückwirkend Zuschüsse für Tests und Übernachtungskosten für Pendler aus den Nachbarländern Polen oder Tschechien beantragen. Nicht nur in Sachsen, auch in den beiden angrenzenden Ländern entspanne sich die Situation in der Corona-Pandemie, sagte Dulig.

Bereits seit Mitte Mai sieht der Bund bei der Einreise keine verpflichtenden Corona-Tests für Berufspendler mehr vor, die Grenze darf zum Arbeiten ohne Einschränkungen überquert werden.

Der Freistaat Sachsen hatte Firmen, die Pendler aus Polen und Tschechien beschäftigen, bei Test- und Übernachtungskosten finanziell unterstützt. Wirtschaftsminister Martin Dulig geht insgesamt von Kosten in Höhe von rund vier Millionen Euro aus. Allein in diesem Jahr stellten sächsische Unternehmen mehr als 700 Anträge mit einem Volumen von rund 1,5 Millionen Euro. (dpa)

Homeoffice senkt Bruttoinlandsprodukt

München. Der Homeoffice-Effekt könnte das deutsche Bruttoinlandsprodukt nach Einschätzung der Unternehmensberatung PwC dieses Jahr um 15 Milliarden Euro senken. Die verringerte Ausgaben von Büroangestellten trafen Gastronomie, stationären Einzelhandel und den Personennahverkehr besonders hart, erklärten die PwC-Finanzexperten in München.

Derzeit arbeiteten rund 30 Prozent der Angestellten in Deutschland zuhause statt im Büro. Für das Pendeln zum Arbeitsplatz, das Mittagessen im Restaurant, Einkäufe im Büroviertel oder auf dem Arbeitsweg und für Unterhaltung gäben sie weniger

Geld aus. Die direkt betroffenen Branchen verlören dadurch 5,7 Milliarden Euro Umsatz.

Dazu kämen indirekte Effekte wie beispielsweise der geringere Energieverbrauch von Gaststätten. Das führe zu einem wirtschaftlichen Rückgang von 4,1 Milliarden Euro. Die verringerte Kaufkraft der Beschäftigten in den betroffenen Branchen schlage mit 5,1 Milliarden Euro zu Buche. Ergebnis sei ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um voraussichtlich 14,9 Milliarden Euro oder 0,3 Prozent, heißt es in der PwC-Analyse „Economic impact of Covid-19 induced Home Office“. (dpa)

Startschuss für das Rennen um die Kohlemillionen

Die Landkreise Bautzen und Görlitz schicken zusammen 40 Projekte in den Kampf um Fördermittel. Es geht um 200 Millionen Euro.

VON IRMELA HENNIG

Görlitz/Bautzen. 83 Millionen Euro für Verkehrsprojekte, über 44 Millionen für Städtebau oder auch knapp 40 Millionen Euro für die öffentliche Fürsorge – es sind große Summen, die die Landkreise Görlitz und Bautzen letztlich beim Bund beantragt haben, um Projekte für den Strukturwandel, der durch den Kohleausstieg nötig wird, zu finanzieren.

Insgesamt geht es zunächst um 215,7 Millionen Euro für 40 Vorhaben. Es seien je 20 aus jedem Kreis, und die werden derzeit begutachtet. Darüber informierte Jörg Mühlberg, Geschäftsführer der Sächsischen Agentur für Strukturentwicklung, am Mittwoch bei einer Bürgermeisterkon-

ferenz. Die fand mit reichlich 70 Teilnehmern Corona-bedingt online statt. Welche Vorhaben die Kreise, Städte und Gemeinden konkret planen, wurde nicht gesagt. Bei der öffentlichen Fürsorge gehe es zum Beispiel darum, gute Bedingungen für Zuwanderung und wirtschaftliches Wachstum zu schaffen. Im Verkehrsbereich soll unter anderem die Taktung von Bus und Bahn verbessert werden. Für touristische Vorhaben, Forschung und Digitalisierung wurde ebenfalls Geld beantragt. Naturschutz spielt bei diesen ersten Vorhaben, die bearbeitet werden, noch keine Rolle. Für das Mitteldeutsche Braunkohlerevier seien 18 Projekte in der Begutachtung.

Die Begutachtung umfasse ein siebenstufiges Vorverfahren, wie Sachsens Regionalentwicklungsminister Thomas Schmidt mitteilte. Danach werde geprüft und bewilligt oder auch nicht. Schmidt sprach von „strengen Bedingungen“ des Bundes für die Verteilung der Fördermittel und ergänzte: „Es dauert auch mir alles etwas lange.“ Die Richtlinien für die Landkreise, Städte und Gemeinden, um an Geld zu

kommen, seien aber zugunsten der Antragsteller verändert worden. Sie müssen finanziell nun nicht mehr in Vorleistung gehen, sondern bekommen das Geld, bevor die Rechnung eingehe. Der vorzeitige Beginn eines Projektes wirke sich nicht mehr schädlich auf die Förderung aus.

Am 29. Juni wird der regionale Begleitausschuss Lausitzer Revier in Weißwasser zusammenkommen, um sich die ersten 40 Vorhaben anzuschauen. Die Ausschüsse, es gibt auch einen im Mitteldeutschen Revier, sollen dafür sorgen, dass die betroffenen Kohleregionen konkret in Entscheidungen eingebunden werden. Zu den sieben stimmberechtigten Mitgliedern gehören neben einem Vertreter des Regionalentwicklungsministeriums vier Bürgermeister sowie der Görlitzer Landrat Bernd Lange und Birgit Weber, Beigeordnete des Bautzener Landrats. Sie ist 2021 Ausschussvorsitzende und zugleich die einzige Frau, die mitentscheiden darf. Beratend sind Vertreter von 13 Interessengruppen (IG) im Boot.

Mehrere Konferenzteilnehmer übten am langwierigen Verfahren Kritik. Verär-



Boxberg: Die Zeit der Kraftwerke läuft ab. Foto: Steffen Unger

get äußerte sich Waldemar Locke, Bürgermeister der Tagebaugemeinde Trebendorf. Er könne nicht verstehen, warum Strukturwandel-Mittel auch für den Weiterbau der Bundesstraße 178n verwendet werde. Seine Gemeinde hingegen gehe in

der ersten Runde mit einem eingereichten Straßenbauprojekt leer aus. Minister Schmidt erklärte dazu, dass die Entscheidung für die B 178n durch den Bund getroffen wurde. Der greife dazu auf sein Budget für den Strukturwandel zurück.